

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 27. 31. Jahrg.

5. Juli 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage, Abonnementspreis: 1 Mk. abh. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämtern. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck- und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile über deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinstagelager sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland. IV. Rundschau. Bericht der Generalkommission für das Jahr 1917. Für oder gegen die Aufhebung des § 152, Absatz II. — **Allgemeines:** Hermann Rudolf f. — **Die photo-mechan. Fächer:** Einberufung des Tarifausschusses. N.-V. Notwendige Änderungen. Ortsberichte: Leipzig, Chemigraphen; Düsseldorf, Chemigraphen. Totenliste. Anzeigen.

Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland.

IV.

Schlußbetrachtungen.

Die Münchener Steindruckunternehmer, die schon in den Jahren 1905/07 einen Tarifvertrag mit ihren Gehilfen hatten, aber auf Betreiben des Schutzverbandes diesen wieder aufgeben mußten, waren des tariflosen Zustandes längst müde, sagt Dr. Cramer, und schlossen Ende 1909 einen neuen Vertrag ab mit den Gehilfen, der, wie wir schon in unserem Einleitungsartikel feststellen konnten, den Gehilfen wesentliche Vorteile brachte und trotzdem auch von den Unternehmern als vorteilhaft angesehen wurde. Sie sehnten sich keineswegs nach dem alten unregelmäßigen Zustande zurück. Ihnen geht es vielmehr wie den Buchdruckunternehmern, die 1914 im Frühjahr auf ihrer Tagung in Leipzig, durch den Mund ihres Vorsitzenden, des Kommerzienrats Büxenstein, ihre Verwunderung darüber ausdrückten, daß sich alte, geschäftskundige Unternehmer mit einer solchen ewigen Beunruhigung, die jede geschäftliche Kalkulation auf einige Zeit hinaus unmöglich macht, zufrieden geben können. Zwar hat uns im selben Jahre, gleichfalls in Leipzig, der damalige Vorsitzende des Schutzverbandes mit einigem Stolz erklärt, sie hätten es durch die siegreich beendete Lohnbewegung 1911/12 erreicht, daß ein Jahr lang Ruhe im Gewerbe gewesen sei; — aber möchten wir hinzu fügen, um welchen Preis? —

Darüber gibt uns der Verfasser in dem Buche eine Rechnung, die hochinteressant genannt werden muß. Für die Gehilfen und für die an dem Streik beteiligten Hilfsarbeiter kommt er zu einer Summe von nahezu 5 Millionen Mk., die sich aus direktem Lohnverlust in der Zeit der Lohnbewegung und aus den Streikkosten der beteiligten Verbände zusammensetzt. Wie immer liegen auf Seiten der Arbeiter die Verhältnisse so klar, daß eine Rechnung mit Leichtigkeit darüber aufzustellen ist. Anders bei den Unternehmern. Wir können die eingehende, aber außerordentlich vorsichtig aufgemachte Rechnung des Verfassers hier leider nicht wiedergeben. Es handelt sich um solche Verluste, die direkt durch das Stilllegen der Betriebe hervorgerufen werden, und solche, die einem längeren Betriebsstillstand in der Regel nachzufolgen pflegen. — Des Verfassers Berechnung beschränkt sich naturgemäß auf den ersten Posten, für den er den Betrag von 3432 425 Mk. als Verlust errechnet. Er läßt aber durchblicken, daß dieser Betrag von der Wirklichkeit wahrscheinlich bei weitem übertroffen sein dürfte. Denn bei dem ver-

schiedenartigen Wert der lithographischen Aufträge, die in den einzelnen Firmen hergestellt wurden, ließ sich nur eine Durchschnittsrechnung aufstellen.

Nur eine Summe scheint uns in der Berechnung zu fehlen, daß ist die Unterstützung, die der Schutzverband seinen Mitgliedern während der Aussperrung gezahlt hat, während die Unterstützungen des Gehilfenverbandes richtig auf der anderen Seite eingestellt wurden. Soll das bedeuten, daß der Schutzverband an seine Mitglieder in solchen Kämpfen keine Unterstützung zahlt? Dann wäre ja der direkte Verlust des einzelnen Steindruckunternehmers in diesem Kampfe noch höher?

Über die zweite Verlustgruppe lassen wir lieber den Verfasser selbst sprechen: »In der zweiten Verlustgruppe wurden eingangs dieser Erörterungen diejenigen Schäden der Unternehmer erwähnt, welche einem längeren Betriebsstillstand in der Regel nachzufolgen pflegen. Hier steht jeglicher Versuch einer ziffernmäßigen Berechnung außer dem Bereich der Möglichkeit. Nichtsdestoweniger können die nachhaltigen Schäden der Lohnbewegung als ganz gewaltige, in die Millionen gehende, beziffert werden. — Durch die lange Arbeitsunterbrechung waren zahllose Aufträge, soweit sie nicht anderen Unternehmern zugewendet wurden, ins Ausland abgeflossen. Daraus resultierte eine Stärkung und Vergrößerung der ausländischen Konkurrenzindustrie zum Schaden der einheimischen Betriebe. Große überseeische Importfirmen haben damals bitter darüber geklagt, daß sie nun schon zum zweiten Male innerhalb fünf Jahren von den deutschen Steindruckereibesitzern im Stiche gelassen worden seien. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Davon legen die Geschäftsergebnisse einer Reihe von Großbetrieben in den folgenden Jahren ein beredetes Zeugnis ab.«

Wir meinen diese Sätze bestätigen zusammenfassend schlagend alles das, was wir seit Jahren über die für das Gewerbe geradezu verderbliche Taktik des Schutzverbandes gesagt haben. 5 Millionen Verlust auf Seiten der Gehilfen, wahrscheinlich weit über 5 Millionen auf Seiten der Unternehmer, das ergibt für das Gesamtsteindruckgewerbe einen sicheren Verlust von 10 Millionen; und diesen wahnsinnigen Aderlaß in 5 Jahren zwei Mal, ohne die gleichfalls für beide Seiten verlustreichen zahllosen Kleinkämpfe, und dazu als einzigen Erfolg die dauernde Einschränkung des ausländischen Absatzgebietes infolge der glorreichen Taktik des Schutzverbandes, wer will es den Münchener Unternehmern verargen, daß sie dieses gewerbliche Harakiri nicht mitmachen wollen?

Dr. Cramer zieht denn auch die einzig richtige Konsequenz aus seiner eingehenden Untersuchung. In vorsichtiger diplomatischer Form kommt er zu einem vernichtenden Urteile über die Taktik des Schutzverbandes, die dieser in den verflossenen Jahrzehnten eingeschlagen hat. Die bestehenden Vereinbarungen könnten nicht als ausreichend und genügend angesehen werden, um den Unter-

nehmern die freie, ungestörte Entwicklung ihrer Betriebe zu gewährleisten. Es sei kaum zweifelhaft, daß nach Beendigung des Krieges die alten Gegensätze auf neue wieder hervorbredren werden. Das würde dann aber zu einer Zeit geschehen, in der das deutsche Steindruckgewerbe seine ganze Kraft einsetzen muß um seine Existenzfähigkeit wieder zu gewinnen. »Da aber diese Aufgabe unmöglich erfüllt werden kann, wenn die alte, innere Zerrissenheit wieder auflebt, ist es zwingende Notwendigkeit, einen Weg zu finden, um Unternehmer und Arbeiter zu dauerndem, friedlichem Zusammenarbeiten zu verbinden. Der Weg auf dem dies erreicht werden kann, ist die Errichtung der Allgemeinen Tarifgemeinschaft im Steindruckgewerbe.«

Es ist ein vernichtendes Urteil, daß der Verfasser dem Wirken des Schutzverbandes im Steindruckgewerbe ausstellt. Auf dem Gebiete, wo die wahren Aufgaben eines gewerbefördernden Schutzverbandes liegen, im Zusammenschluß aller Unternehmer zur Sicherung günstiger Produktions- und Absatzmöglichkeiten, auf dem Gebiete hat der Schutzverband für das Steindruckgewerbe wahrhaftig in den zwölf Jahren seines Bestehens mehr geschadet als genützt; er hat aber auch kaum je den ernstlichen Willen dazu gehabt. Die Schmutzkonzurrenz, die Preisschleuderei hat unter seiner Tätigkeit einen geradezu gefährdrohenden Grad erreicht. Dafür erbringt Dr. Cramer treffende Beweise aus dem In- und Auslande. Und hier sieht er die eigentliche Quelle der Krankheit im Steindruckgewerbe. Wie ein gewissenhafter Arzt hat er den Herd der Krankheit bloßgelegt, ihre Ursachen aufgezeigt, aber auch die Arznei verschrieben, die die Wiedergesundung herbeiführen kann.

Ob der Verfasser auf Gegenliebe stoßen wird? Die Gehilfenschaft ist sich theoretisch und praktisch seit fast zwei Jahrzehnten über die Richtigkeit des hier vorgeschlagenen Weges einig. Wie in München ist sie auch in ganz Deutschland bereit, zum segensreichen gewerblichen Frieden die Hand zu bieten. Wann werden die Unternehmer in Deutschland den Mut finden, den die Münchener zu ihrem und des dortigen Steindruckgewerbes Glück aufgebracht haben?

Rundschau.

Kündigung der Allgemeinen Bestimmungen. Wie das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker bekannt macht, hat der Vorstand des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands als bevollmächtigter Vertreter der in den nachgenannten Orten beschäftigten Hilfsarbeiter die »Allgemeinen Bestimmungen«, die vor dem Tarifamt am 18. Dezember 1911 abgeschlossen wurden, gekündigt. Die heute in den Städten Berlin, Bremen, Darmstadt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart noch geltenden »Allgemeinen Bestimmungen« treten deshalb am 31. Dezember 1918 außer Kraft.

Nun ist auch der Holzarbeiterverband in die Reihe der Organisationen getreten, die 25 Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit hinter sich haben. Im

April 1893 auf dem Kongreß in Kassel wurde seine Gründung beschlossen. Doch liegt die Gründung der ersten Holzarbeiterorganisation schon 25 Jahre weiter zurück. Die Führer des von Lasalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Schweitzer und Fritzsche, betrafen für den 26. September 1868 nach Berlin einen Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß ein, auf dem die Gründung einer Reihe zentralisierter Berufsverbände darunter auch die der Gewerkschaft der Holzarbeiter unter ihrem tatkräftigen Leiter Theodor York, erfolgte. Das Sozialistengesetz vernichtete diese und spätere Gründungen wieder. — Bei seiner Gründung zählte der heutige Verband in 356 Zahlstellen insgesamt 23774 Mitglieder. Im letzten Friedensjahre, 1913, konnte er in 800 Zahlstellen 190375 Mitglieder mustern. Infolge der vielen Einberufungen während der Kriegszeit ging die Mitgliederzahl bis zum Jahre 1916 auf 68249 Mitglieder zurück. Erfreulicherweise hat sie aber im Jahre 1917 wieder einen derartigen Aufschwung genommen, daß der Verband am Jahresluß in 765 Zahlstellen wieder 90237 Mitglieder feststellen konnte. Weit über 100000 Mitglieder sind zum Heeresdienst eingezogen. Der Vermögensbestand der am Schluß des Gründungsjahres 32676 Mk. betrug, ist im Laufe der 25 Jahre des Bestehens des Verbandes auf 5849563 Mk. gestiegen. Aus der reich ausgestatteten Festzeitung des Verbandes geben wir das schöne Bröger'sche Festgedicht: »Ruhig trotz der Wald . . .« wieder.

Der Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht des »Reichs-Arbeitsblattes« hielt der Beschäftigungsgrad im Mai d. J. sich auf der Höhe des Vorjahres. »Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Juni in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Mai eine Zunahme um insgesamt 6309 Beschäftigte oder 0,1 v. H. erkennen. Beteiligt an dieser geringfügigen Zunahme ist sowohl das männliche wie auch das weibliche Geschlecht; die Zahl der männlichen Beschäftigten hat um 2599, die der weiblichen um 3710 zugenommen.« Nach den Feststellungen von 32 Fachverbänden, die für 1192964 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Mai 9638 oder 0,8 v. H. Weniger günstig lauten die Berichte aus Berlin. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder der Groß-Berliner Krankenkassen hat in den ersten Wochen des Mai eine Zunahme, dann aber eine starke Abnahme erfahren. Insgesamt ist die Versichertenzahl im Berichtsmonat um etwas über 20000 zurückgegangen. Auch nach dem Bericht der freien Gewerkschaften in Groß-Berlin ist die Zahl der arbeitslosen Männer etwas gestiegen, während bei den Frauen sich Schwankungen bemerkbar machten.

Beginnende Arbeitslosigkeit in der Munitionsindustrie. Auf der Jahresversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Berlin, gab der Bevollmächtigte Cohen den Jahresbericht. Zum Schluß schilderte er darin die gegenwärtige Situation und bemerkte, es sei in letzter Zeit ein Nachlassen der Aufträge zu verzeichnen. Die Folge davon seien bereits zahlreiche Entlassungen besonders von Arbeiterinnen. Heute schon sind in der Berliner Rüstungsindustrie zirka 30000 Personen weniger beschäftigt als vor einigen Monaten. Worauf das zurückzuführen ist, sei noch nicht vollständig klar; entweder seien große Reserven an Heeresbedarf aufgestapelt, oder die Aufträge werden nicht mehr im früheren Maße an Berliner, sondern an Betriebe außerhalb Berlins vergeben.

Die Herabsetzung der Kartoffelration ist beschlossene Sache. Vom 1. Juli gibt es nur noch 3 Pfund und als Ersatz sollen 400 Gramm Hafenernährungsmittel oder Teigwaren verteilt werden. Das Kriegsernährungsamt hofft indes, daß sich nach 10-14 Tagen die Kartoffelversorgung wieder bessern werde. Erst weniger Brot, dann auch weniger Kartoffeln, und binkem kurzem kommen dazu die fleischlosen Wochen. Als Ersatz dafür klappelt die Obstversorgung garrn und werden die Mehlpreise erhöht.

Die Seuche der Mietsteigerungen. Wo alles sich zu bereichern sucht, da dürfen unsere Hausbesitzer nicht fehlen. Eine ungeheure Flut von Mietzinssteigerungen und Kündigungen ist jetzt wieder über die wehlosen Mieter dahingegangen. Denn jetzt sind sie wahrhaftig wehlos. Selbst wenn die Suche nach einer anderen Behausung von Erfolg gekrönt sein sollte, dann ist der Umzug selbst noch keineswegs gesichert. Auf alle Fälle ist er mit so hohen Kosten verknüpft, daß selbst die härteste Mietsteigerung dagegen leichter zu ertragen ist. Wie skrupellos dabei von Hauswirten verfahren wird, darüber erzählt uns die »Bodenreform« einen besonders krassen Fall: In der Festung Kiel ist eine Mietsteigerung nur mit Genehmigung des Gouverneurs gestattet. Jetzt wurde diese von einem auswärtigen Hausbesitzer erbeten. Er wollte die Miete von 2200 auf 4000 Mk. steigern, »weil er dann sein Haus besser verkaufen könne«. 1800 Mk. mehr Jahres-einnahme, macht zu 5 Proz. einen Kapitalgewinn von 36000 Mk. Der Mann war enttäuscht, als ihm die Erhöhung trotz dieser schlagenden Begründung nicht erlaubt wurde.

Wenn der freie Handel wieder hergestellt würde. Die Lebensmittelverteilung sieht in Deutsch-

land trotz aller Rationierung empörend genug aus. Die Ware geht überall dorthin, wo Geld, Besitz an wertvollen Tauschmitteln oder einflußreiche Stellung besondere Anziehungskraft ausüben. Das haben jüngst erst wieder die Enthüllungen des »Vorwärts« über sogenannte »unerhebliche« Extrazuwweisungen für hochgestellte Magistratspersonen in Berlin erwiesen. Wie falsch es aber wäre, daraus den Schluß zu ziehen, den freien Handel wieder zuzulassen, zeigen uns die Verhältnisse in Oesterreich. Während die Brotration in Wien für Schwerarbeiter 1120 Gramm (3/4 Laib), für die anderen 630 Gramm (1/2 Laib) beträgt, besteht in Niederösterreich überhaupt kein Anspruch auf eine bestimmte Brotmenge mehr. Sie soll nur »nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte« beliefert werden. Zunächst erhalten die Arbeiter der Kriegseisungs-betriebe die halbe Brotration, die Städte etwas, das übrige »Stammland der Monarchie« gar nichts. Die Woderation in Wien beträgt sonst noch: 500 Gramm Kartoffeln, mindestens die Hälfte ungenießbar, künftighin auch noch wegfällig, 125 Gramm schwarzes Kleiemehl, 125 Gramm sonstige Mahlprodukte, 40 Gramm Fett (soll auf 60 Gramm erhöht werden), ein Ei, 190 Gramm Zucker, 200 Gramm Fleisch nach nächtelangem Anstellen und etwas Marmelade und Kaffeeersatz.

Aus dem Auslande.

Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften. Die Mainnummer der amtlichen »Labour Gazette« enthält eine Statistik über die Mitgliederzahl der Trade Unions im Jahre 1916, verglichen mit der des vorhergegangenen Jahres. Das Arbeitsamt hat insgesamt 115 gewerkschaftliche Organisationen statistisch erfaßt. Die Gesamtmitgliederzahl betrug 4399 696, was eine Zunahme gegen 1915 um 6,2 vom Hundert bedeutet. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern belief sich auf 3,4 v. H., an weiblichen Mitgliedern 32,2 v. H. Die gesamte weibliche Mitgliedschaft betrug 535346, wovon mehr als die Hälfte in der Textilindustrie beschäftigt war.

I. A.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1917.

Aus dem umfangreichen Jahresbericht der Generalkommission können wir leider nur einen kurzen Auszug wiedergeben. Er beginnt mit einem Überblick über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unter den Wirkungen des Krieges fiel die Mitgliederzahl von 2510585 auf 949633 Ende 1916. Seitdem ist eine neue Aufschwungperiode eingetreten, die am Jahresluß 1917 mit einem Bestande von 1 1/4 Million Mitgliedern rechnen darf. Freilich sind nicht alle Gewerkschaften an diesem Aufschwung beteiligt. Sie hat auch nicht in allen Verbänden den nötigen Ausgleich in Einnahmen und Ausgaben gebracht, weshalb eine Beitragserhöhung in vielen Verbänden nötig wurde. Die Generalkommission und die Gewerkschaftskartelle sind durch die niedrige Mitgliederzahl in eine ungünstige Lage gekommen. Zur Erhaltung der lokalen Einrichtungen, insbesondere der Arbeitersekretariate, mußte die Generalkommission Zuschüsse leisten, die aus den laufenden Beiträgen nicht gedeckt werden konnten. Die Verbände haben aber dem Ersuchen der Generalkommission, ihr einen Vorschußbeitrag zu gewähren, bereitwillig entsprochen, so daß alle Einrichtungen wie bisher aufrechterhalten werden können.

Der Haltung der Kommission in politischen Fragen, mit denen sie sich infolge des Krieges beschäftigen mußte, haben nur wenige Verbandsvorstände ihre Zustimmung versagt. Jedoch würden auch hier keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, wenn sie nicht durch den Streit in der Sozialdemokratischen Partei hervorgerufen wären.

Bei dem Zusammenwirken mit den Zentralstellen der anderen Gewerkschaftsgruppen handelt es sich keineswegs um etwas Neues, das erst in der Kriegszeit versucht worden wäre. Der Heimarbeiter-schutzkongreß von 1911 war gemeinsam mit den Zentralstellen der christlichen und Hirsch-Dunker-schen Gewerkschaften berufen worden, und mehrfach hat die Generalkommission Anregung zu gemeinsamen Tagungen gegeben, wenn allgemeine Arbeiterinteressen in Frage kamen. Wenn diese Anregungen nicht immer Erfolg hatten, so lag das an der ablehnenden Haltung der anderen Gewerkschaftsgruppen. Dasselbe gilt von dem Zusammenarbeiten mit den Reichsämtern und sonstigen amtlichen Stellen. Die Generalkommission gibt dann eine Zusammenstellung über die Gemeinschaftsarbeit mit den Zentralstellen der anderen Gewerkschaften.

Die bedeutsamen Arbeiten der von der Gesellschaft für Soziale Reform berufenen Kommission für die Vorarbeit zur Ausgestaltung des Arbeitsrechts, an der die Gewerkschaften beteiligt sind, veranlaßte die Generalkommission, der Gesellschaft für Soziale Reform beizutreten. Auf Grund des Beschlusses der Vorstandskonferenz vom 22. November 1917 ist die Generalkommission dem Volksbunde für Freiheit und Vaterland beigetreten. Ferner beteiligte sie sich an den Arbeiten des Zentralkomitês der Vereine vom Roten Kreuz, und trat dem Verbands für Förderung deutscher Theaterkultur bei.

Im Anschluß hieran werden die internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Stockholm am 8. Juni und in Bern am 1. Oktober erwähnt. Vertreter der

Generalkommission haben auch an den Kongressen der gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Ungarn, Schweden und Norwegen teilgenommen.

Nach dem Kassenbericht betragen die Gesamteinnahmen der Generalkommission 413 904,81 Mk. die Gesamtausgaben dagegen 527 974,09 Mk. Infolge des 114 069,27 Mk. ausmachenden Fehlbeitrags ging das Vermögen der Generalkommission von 338 217,28 Mk. auf 224 148 Mk. zurück. Im Vergleich zum Vorjahre sind die Einnahmen um 13 419,95 Mk. gestiegen, die Ausgaben aber um nicht weniger als 90 236,02 Mk. Die Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Ressorts folgendermaßen: Verwaltung, sachliche, 19 834,03 Mk., persönliche 41 357,39 Mk., Bibliothek 1 300,99 Mk., Drucksachen 2 651,35 Mk., Kongresse und Konferenzen 24 452,52 Mk., Internationaler Sekretariat 7 823,55 Mk., Agitation 204 329,86 Mk., Verlag 21 867,81 Mk., Verschiedenes 6 225,15 Mk., »Correspondenzblatt« 64 440,04 Mk., »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« 68 947,67 Mk., »L'Operaio Italiano« 1 700 Mk., »Oswiata« 6 695,49 Mk., Zentralarbeitersekretariat 26 597,82 Mk., Sozialpolitische Abteilung 29 750,42 Mk.

Das »Correspondenzblatt« mußte infolge des Papiermangels weiter eingeschränkt werden. Der Jahresumfang einschließlich der Beilagen ging von 800 Seiten im Jahre 1916 auf 736 Seiten zurück. Die Auflage des »Correspondenzblatt« hielt sich auf 27 000 Exemplare.

Außer dem polnischen Gewerkschaftsblatt »Oswiata«, das in einer Auflage von 5000 erscheint, hat die Generalkommission eine Reihe von Schriften herausgegeben und andere wertvolle vermittelt.

Die Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats hat eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, beteiligte sich an verschiedenen Korporationen der Kriegsfürsorge und leitete nebenher die Redaktion der »Gewerkschaftlichen Frauenzeitung« die in einer Auflage von 157 000 Exemplaren erscheint. Eine von ihr verfaßte Broschüre ist in 275 000 Exemplaren vertrieben worden.

Das Zentralarbeitersekretariat hat infolge der Rekursbeschränkung und des Krieges eine Abnahme der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen zu verzeichnen. Deren Zahl betrug 587 gegen 835 im Vorjahre und 1 397 im Jahre 1914. Fast ausschließlich betrafen diese Sachen die reichsgesetzliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung. Mit den aus dem Vorjahre rückständig gebliebenen Sachen standen 988 Sachen in Bearbeitung.

Vieles von dem, was an der Tätigkeit der Generalkommission kritisiert wird, beruht nur auf Unkenntnis der tatsächlichen Voraussetzungen. Wer Gelegenheit hatte, den ausführlichen Bericht selbst zu lesen, der wird zu der Erkenntnis kommen, daß die Haltung der Generalkommission durchaus der besten Friedenszeit entspricht, oder wenn denn durchaus von Verfehlungen gesprochen werden soll, dann handelt es sich gewiß um recht alte Verfehlungen, die zum Teil mehr als 10 Jahre älter sind als der Krieg. Die Grundsätze sind die alt bewährten, aber die Betätigungsgebiete haben sich durch die Kriegsverhältnisse gewaltig vermehrt.

Für und gegen die Aufhebung des § 152, Absatz 2.

Paragraph 152 der Gewerbeordnung bestimmt in Absatz I, daß alle Koalitionsverbote für die der Gewerbeordnung unterstehenden Arbeiter aufgehoben sind. In Absatz II, daß aus Koalitionsabreden weder Klage noch Einrede zulässig ist und der Rücktritt von solchen Vereinbarungen jedem Teilnehmer ohne weiteres freisteht. § 153 stellte dann bestimmte Koalitionsvergehen unter Sonderstrafen. Die seit langem von der Arbeiterschaft geforderte Aufhebung dieses Paragraph 153 ist seit dem 1. Juni d. J. Tatsache geworden. Im Anschluß daran hat der Wirtschaftsband des Dauge-werbes in Groß-Berlin die Beseitigung auch des § 152, Absatz II in einer Eingabe an den Reichstag gefordert. Wie alle Verträge gehalten werden müßten, so müßten auch Koalitionsabreden Rechtsschutz genießen.

Die große Mehrzahl der Parteipresse, voran »Vorwärts« und »Hamburger Echo«, haben diese Eingabe unterstützt, ebenso viele Gewerkschaftsblätter, wie z. B. die »Holzarbeiter-Zeitung«, die schreibt, hoffentlich lasse ein solcher Gesetzentwurf zur Aufhebung des § 152, Absatz II nicht lange auf sich warten.

Doch der »Grundstein« und neuerdings das »Correspondenzblatt der Generalkommission« widersprechen diesem Standpunkt. Mit Hilfe des Koalitionszwanges könnten die Unternehmer Ausparungen restlos durchführen Konventionalstrafen einheben und Kampffonds ansammeln. Die Arbeiterschaft könne aber niemals daran denken, etwa die Gewerkschaftsbeiträge zwangsweise einzutreiben oder Mitglieder, die austreten wollten, gewaltsam bei der Stange zu halten.

Diese Einwendungen sind beachtenswert. Grundsätzlich ist eine Bestimmung wie der § 152, Abs. II zu verwerfen, aber seine Aufhebung durch ein Sondergesetz empfiehlt sich schwerlich. Nur im Rahmen einer gründlichen positiven Neuordnung des Koalitionsrechts wird sich die richtige Grenzlinie zwischen Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang ziehen lassen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Hermann Rudolph †.

Plötzlich und unerwartet raubte der unerbittliche Tod uns wieder einen der ältesten und treuesten Kollegen. Hermann Rudolph, in früheren Jahren einer der bekanntesten Kollegen, war seit einiger Zeit erkrankt und hielt sich zur Kur in Mitterfels, im Bayerischen Walde auf. Auf der Rückreise wurde er am Bahnhof Straubing unpäßlich, so daß er einen Arzt zu Rate ziehen mußte, der die sofortige Aufnahme in das dortige Krankenhaus anordnete. Dort ist Rudolph nach einer Stunde gestorben. Die Leiche wurde nach Nürnberg gebracht und am Sonntag, den 23. Juni durch Feuer bestattet. Zahlreiche Beteiligung bei der Einäscherung bezeugte, welche große Sympathie sich der Verstorbene in der ganzen Bevölkerung erworben hatte.

Rudolph ist am 24. Januar in Leipzig geboren. Als Kind schon hatte er einen schweren Unfall in dem Betriebe der Kunststalt Meissner & Buch in Leipzig, in dem sein Vater eine Vertrauensstellung inne hatte; er verlor dadurch den linken Arm. Nach Verlassen der Schule erlernte er in dem gleichen Betriebe die Lithographie und kam von dort in der Mitte der achtziger Jahre nach Nürnberg, wo er in zwei Firmen tätig war. Als einer der ersten Kollegen begriff er die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses und so sehen wir ihn unter den Gründern der beiden für unser Gewerbe einst in Betracht kommenden Organisationen, dem Senefelderbund, dem er seit dem Jahre 1884, und dem Verband, dem er seit dem Jahre 1901 angehörte. In beiden Organisationen bekleidete er längere Zeit das Amt des Vorsitzenden; später gehörte er dem Zentralausschuß des Verbandes so lange an, als dieser seinen Sitz in Nürnberg hatte. Seine Opferwilligkeit, seine Gewissenhaftigkeit und vor allem seine strenge Sachlichkeit, die ihn jeden persönlichen Streit vermeiden ließ, befähigten ihn besonders für die ihm von der Arbeiterschaft anvertrauten Posten. So war er lange Jahre Beisitzer beim Reichsversicherungsamt, beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und beim Gewerbegericht in Nürnberg. Mit dem Jahre 1905 trat er in die Dienste der Ortskrankenkasse für das polygraphische Gewerbe ein. Welche Anerkennung er sich auch durch seine politische Tätigkeit zu erringen wußte, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß er seit 1908 Mitglied des Nürnberger Gemeindegremiums war, dessen Vorstandsschaft er in der ersten Wahlperiode als zweiter Schriftführer angehörte. 1914 wurde er zum ersten Schriftführer gewählt. Diese umfangreiche Tätigkeit läßt es erklärlich erscheinen, daß Kollege Rudolph in den letzten Jahren seiner Berufsorganisation nicht mehr die Dienste weihen konnte wie einst. Sein vorbildliches, nimmermüdes Wirken hob ihn empor zum Vertrauensmann des gesamten werktätigen Volkes in Nürnberg. Und während er so für die Allgemeinheit wirkte, hat er auch unsern Kollegen das beste gegeben. Und wie in der allgemeinen Arbeiterbewegung, so wird auch sein Name bei uns in dauernder dankbarer Erinnerung bleiben.

Die photomech. Fächer.

Einberufung des Tarifausschusses.

Durch die Bekanntmachung des Tarifamtes der Chemigraphen und Kupferdrucker konnten wir schon in voriger Nummer der »Graphischen Presse« unseren Kollegen die Tagesordnung der Tarifausschuß-Sitzung, die für den 16. Juni einberufen ist, mitteilen. Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Termin. Mit begreiflicher Spannung blicken unsere Kollegen auf diese Tagung. Zunächst dürfen wir mitteilen, daß sowohl die Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker als auch der Hauptvorstand unseres Verbandes sich mit der Verlängerung des Tarifes auf ein Jahr einverstanden erklärt haben, wenn den berechtigten Wünschen der Gehilfen auf Erleichterung ihrer Lage ausreichend entgegengekommen wird. Auch die Unternehmer haben sich bereits für die Verlängerung ausgesprochen. Die Gründe, die in der jetzigen, völlig ungeklärten Situation, gegen eine Tarifverneuerung sprechen, liegen so auf der Hand, daß wir uns eine Darlegung ersparen dürfen. Umso dringender erfordern die Zustände einer Abänderung, die im allgemeinen von uns und einigen Kollegen, insbesondere von Kollegen V. D. in der Presse kritisiert worden sind. In der Forderung auf Teuerungszulagen wird die Zentralkommission die Wünsche der Kollegen auf einen gemeinsamen Antrag verdrängen. Hoffen wir, daß diesem Verlangen der Gehilfen in hinreichender Weise entsprochen werden möge, damit die Überzeugung von dem Wert der Tarifgemeinschaft und die Arbeitsfreudigkeit bei den Gehilfen nicht leidet. Nur eine solche zufriedenstellende Regelung liegt im allseitigen Interesse des Gewerbes. Auf die Notwendigkeit der Beseitigung der tariflichen Aus-

nahmebestimmungen in der Lehrlingshaltung haben wir schon bei unserer Besprechung des Geschäftsberichtes des Tarifamtes hingewiesen. Die Lehrlingszahl ist trotz des starken Rückganges der Gehilfen- und auch der Firmenzahl fast auf dem Friedensstand geblieben. Jene Ausnahmebestimmungen waren wie so viele Änderungen, die nur der Krieg aufnötigte, in der Hoffnung auf einen nicht zu fernem Frieden gedacht. Inzwischen wagen wir kaum noch auf einen bald kommenden Frieden zu hoffen, aber auch die Aussichten für die Friedenszeit sind recht ins Ungewisse gestellt. Soviel wissen wir aber bestimmt, daß die Zahl der Gehilfen aus der ersten Hälfte des Jahres 1914 auf keinen Fall wieder erreicht werden wird. Wie in diesem Punkte, so erwarten wir insgesamt von der bedeutungsvollen zweiten Kriegstagung des Tarifausschusses eine verständnisvolle Berücksichtigung der Anträge der Gehilfenschaft und eine fühlbare Erleichterung ihrer drückenden Sorgen. In diesem Sinne wünschen wir den Verhandlungen besten Erfolg.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Kollegen gelangt sein werden, dann hat die Verhandlung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker bereits ihr Ende erreicht. Auch dort stehen dieselben Beratungsgegenstände zur Debatte wie bei uns. Auch die Buchdrucker fordern angemessene Erhöhung der im November v. J. gewährten Zulage, zahlbar spätestens am zweiten Zahltag im Monat Juli an alle Gehilfen; 2. Bemessung des Stundenlohnes nach dem Gesamtwochenverdienste; 3. eine Aussprache und eventuelle Beschlussfassung über a) tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses der Lehrlinge, b) Aufnahme von Sonderbestimmungen für Faktoren in den Deutschen Buchdruckerartef, c) Übernahme der »Allgemeinen Bestimmungen« für Hilfsarbeiter in denselben Tarif. Für den Fall, daß der Tarifausschuß es ablehnen sollte über diese Anträge zu beraten und zu beschließen, haben die Gehilfen den Antrag auf Revision des Tarifes gestellt, für die sie besondere Anträge mit eingereicht hatten.

N.-V.

Sie ist wiedergekehrt, die berühmte N.-V.-Anzeige. Im »Allgemeinen Anzeiger für Druckereien«, wo wir sie früher so oft gesehen, tauchte sie auch diesmal wieder auf. Es wird uns immer ein Rätsel bleiben, wie eine so bedeutende Firma wie die Firma Klmsch & Co., Frankfurt a. M., die an ein blühendes graphisches Gewerbe wie keine andere weitgehend interessiert ist, immer wieder Außenstehenden Unterstützung angeheißt, die der gesunden Entwicklung des Gesamtgewerbes nicht förderlich sein wollen. Diesmal sucht die dem Tarif nicht angehörige Berliner Firma Thedran & Kraushaar einen N.-V. Lithographen, der Lust hat, sich in die Klmschbranche einzuarbeiten. Etwaigen Bewerbern möchten wir den Entschluß dadurch erleichtern, daß wir über die Firma einige tatsächliche Angaben machen. Uns will ja scheinen, daß an sich, selbst unter dem Schutz tariflicher Vereinbarungen, die Arbeitsverhältnisse in der Chemigraphie wenig verlockendes an sich haben. Das liegt nun mal in den Kriegsverhältnissen begründet, unter denen das graphische Gewerbe so schwer leidet. Wie wir an Hand der Tarifstatistik nachgewiesen haben, sind insbesondere die Löhne keineswegs hoch. Trotzdem sucht die Firma Thedran & Kraushaar einen unorganisierten Lithographen. Wahrscheinlich weil solche leistungsfähiger sind? — Daß man in der Firma etwas lernen kann, beweist wohl die große Zahl der Lehrlinge, die dort für das Gewerbe ausgebildet werden, es sind sieben zur Zeit vorhanden. Dieser kleinen Kompanie steht ein beschäftigter Gehilfe gegenüber. Wenn dieser, wie wir wohl annehmen dürfen, die werdenden Kollegen mit Rat und Tat unterstützt und sich neuerdings auch noch dem N.-V. Lithographen widmet (d. h. wenn sich jemand findet), dann dürfte allerdings für die Erörterung von Verbands- und Tariffragen keine Zeit mehr übrig bleiben. Womit sich nun wieder die Forderung, daß der neue Überläufer ein N.-V. sein soll, durchaus begründet.

Notwendige Änderungen.

Der Artikel des Kollegen V. D. »An der Zeit« ist wohl allen Kollegen aus dem Herzen gesprochen. Seine drei Kardinalfragen: Lohn-, Ferien- und Lehrlingsfrage müssen unter allen Umständen einer befriedigenden Reform unterzogen werden, sonst wäre es meines Erachtens besser, auf einen Tarif, der für uns keine den Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen bringt, zu verzichten. Die Unternehmer haben durch den Tarif zweifelsohne nur gewonnen; ich brauche nur die Hintanhaltung der Schmutzkonkurrenz herauszugreifen, ohne alle die wirtschaftlichen Störungen im Beruf, die ohne Tarif garnicht ausgeblieben wären, zu erwähnen. Sie würden wohl bald einsehen, daß ohne gegenseitige Verständigung eine gedeihliche Fortentwicklung unseres Berufes ausgeschlossen ist.

Zum ersten Punkt: Lohnfrage. Die wirtschaftliche Lage der Gehilfen ist in der Kriegszeit derart schlecht geworden, daß wir doch so auf keinen Fall weiterwursteln können. Die meisten Kollegen wohnen in oder in der Nähe der Großstädte; da-

her ist wohl kein einziger »Selbstversorger«, sondern alle sind darauf angewiesen, hintenherum Lebensmittel zu hamstern, die nur für schweres Geld zu haben sind. Ein weiterer wichtiger Punkt darf doch auch hier nicht übersehen werden. Unser Beruf gehört nicht zu den gesündesten, die Sterbetafel in der »Gr. Presse« beweist es; daß wir aber mit unseren heutigen Löhnen auch nur das Mindeste für unsere Gesundheit tun können, wird wohl kein Mensch behaupten wollen. Dabei ist auch an eine Neuanschaffung von Kleidern, Wäsche, Stiefeln und dergl. gar nicht zu denken. Aber so kann es nicht weitergehen; höchste Zeit ist es, daß da die Kollegen ein ernstes Wort mitreden. Bei der langen Dauer des Krieges und bei der noch viele Jahre länger anhaltenden Teuerung, darf der Einwand: »es ist Krieg!« nicht mehr gelten. Wer wollte es uns verargen, wenn wir uns dagegen mit der Kraft der Verzweiflung zur Wehr setzen, in das Lumpenproletariat gestoßen zu werden. Wir alle, die draußen gewesen sind und auch die zu Hause blieben, haben unsere Ersparnisse, soweit solche überhaupt vorhanden waren, in diesen vier Jahren des Elends zugesetzt. Aber es gilt auch an die Zukunft zu denken und zwar heute schon. Der Wert unseres Geldes ist außerordentlich gesunken. Ist demgegenüber der Wert unserer Arbeitskraft auch derartig gesunken? Nein, — dreimal nein, im Gegenteil, ohne Arbeit ist das Fortbestehen des Menschengeschlechtes unmöglich, das sehen wir doch täglich vor Augen. Aber mit unseren heutigen Lohnverhältnissen ist es ganz unmöglich, uns auch nur über Wasser zu halten, geschweige denn an die nähere oder fernere Zukunft zu denken. Eine gründliche Erhöhung unserer Löhne, die sich nicht mit einigen Prozenten abtun läßt, ist das Mindeste, was wir zu fordern haben. Der Mensch lebt nicht um zu arbeiten, sondern er arbeitet um zu leben. Und unter Leben verstehe ich nicht nur sich mit Kohlrüben oder allenfalls Kartoffeln zu pflöpfen und seine Blöße mit Papierstoff zu bedecken.

Auch in der Ferienfrage schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen V. D. an. Es gehört jedem Kollegen, einerlei, ob er ein halbes Jahr oder ein halb Jahrhundert im Geschäft tätig ist, ein längerer Erholungsurlaub und zwar erst recht in dieser Zeit. Ich betone hier ausdrücklich jedem Kollegen, denn viele Kollegen konnten und können durch die Kriegsverhältnisse gezwungen, ihren früheren Platz nicht mehr einnehmen, aber erholungsbedürftig sind sie nicht minder. Überhaupt darf die ganze Ferienfrage nicht als Wohltätigkeit betrachtet, sondern muß als gutes Recht des Arbeiters, wie es z. B. in England der Fall ist, angesehen und behandelt werden.

Unser Schmerzenskind war schon immer die Lehrlingsfrage und was damit zusammenhängt, die Überläuferfrage. Ich bin durchaus kein Zünftler und rede niemals einer Abschließung gegen andere Berufsgruppen das Wort. Jeder sei uns willkommen, der das »Zeug« dazu in sich hat und seine Pflicht als Kollege und Arbeiter nicht vernachlässigt, aber laufen lassen dürfen wir die Karre nicht wie sie will; dies wäre nicht nur unser eigener Schaden und der der neuereitrenden Lehrlinge und Überläufer, sondern der des ganzen Berufes.

Auch der Überzeitarbeit gilt es mehr denn je entgegenzutreten. Wir waren stolz auf unseren 8-Stundentag und sehen mit Befriedigung, wie auch andere Berufe, so die Metallarbeiter, sich immer mehr dieser Mindestforderung nähern. Aber da dürfen wir es keinesfalls zulassen, daß der 8-Stundentag, der doch nur im Interesse unserer Gesundheit liegt, durch Überstunden illusorisch gemacht wird. Dieser Mehrverdienst, den manche Kollegen so gerne einstecken, muß durch Lohn-erhöhung eingebracht werden, sonst sind letzten Endes doch die Gehilfen die Geschädigten. Dieser Passus im Tarif bedarf einer gründlichen Reform in der Richtung, daß niemand zum Überarbeiten verpflichtet werden kann.

Es gilt jetzt zu rüsten und zu arbeiten für gesunde Berufs- und Arbeitsverhältnisse. Dazu ist aber erforderlich, daß alle aus ihrer Lethargie erwachen und mitraten und -taten. Aus der »Gr. P.« haben wir kürzlich ersehen, daß es noch einen ganz erklecklichen Prozentsatz von Unorganisierten bei uns gibt. Diesen Kollegen muß doch klar gemacht werden, daß nur, wenn wir geschlossen vorgehen, wenn wir alle in einer Organisation vereinigt sind, großes erreicht werden kann. Diese Kollegen zu gewinnen, wäre eine dankbare Aufgabe, zu der jeder, der in der Lage ist, sein möglichstes tun muß, denn vereinzelt sind wir nichts, vereint riesenstark. Also Kollegen, wacht auf, es ist höchste Zeit! A. L.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigraphen. In einer am 21. Juni stattgefundenen Versammlung wurden folgende Tagesordnungs-Punkte behandelt: 1. Stellungnahme zur weiteren Erhöhung der Löhne. 2. Verschiedene Mitteilungen.

Kollege Friedel führt aus, daß auf Wunsch der Kollegen die Lohnfrage behandelt und reviviert werden müßte. Nach einem halben Jahr seit der letzten gewährten Teuerungszulage und der inzwischen weiter gestiegenen Preise aller Waren

sei es höchste Zeit, um wieder einen Ausgleich zu schaffen. Die dazu berufenen Instanzen müßten beauftragt werden entweder mit einer den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Teuerungs- oder mit einer Lohnzulage eine dringend notwendig gewordene Verbesserung der Lebenshaltung der Gehilfen herbeizuführen.

In der Diskussion wurde den Ausführungen Friedels voll zugestimmt. Ein Kollege gab bekannt, daß eine hießige Firma den Hilfsarbeitern mehr Teuerungszulage zahlte als den gelernten Arbeitern. Es wurde beantragt eine ausreichende Teuerungszulage zu fordern. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde gefordert, daß jede Aufrechnung von Teuerungszulagen oder Lohnzulagen zu unterbleiben habe, die erneute Teuerungszulage hat ab 1. Juli zu erfolgen, müsse also mit rückwirkender Kraft beschlossen werden.

Der Verlängerung des Tarifes auf 1 Jahr wurde zugestimmt. Nach Verlesung der Lohnstatistik der hiesigen Firmen steht die Firma Schelter & Giesecke an unterster Stelle, ist also die Firma, die die niedrigsten Löhne zahlt. Unter Punkt 2 gab der Kollege

Friedel noch verschiedene Mitteilungen bekannt, damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Düsseldorf, Chemigraphen. In der am 21. Juni 1918 stattgefundenen Monatsversammlung, mußten wegen Einberufung zum Militärdienst 2 Neuwahlen vorgenommen werden. Der nächste Punkt der Tagesordnung war: Stellungnahme zur Teuerungszulage. Es entwickelte sich hier eine rege Diskussion, in welcher mit sehr scharfen Worten, immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die hiesigen Löhne in unserem Berufe, durchaus nicht den heutigen teuren Lebensverhältnissen entsprechen und im Gegensatz zu anderen Berufen, wahre Hungerlöhne sind.

Die Chemigraphen Düsseldorfs, halten die bereits gestellten Forderungen auf erhebliche wöchentliche Lohnzulage, sowie die gestellten Anträge auf Änderung des Tarifs unter allen Umständen aufrecht, und verlangen von dem Beauftragten im Tarifamt strikte Durchführung. Zu diesem Punkt der Tages-Ordnung wurde folgende Resolution gefaßt:

»Die am 21. Juni 1918 tagende gut besuchte Versammlung der Chemigraphen Düsseldorfs, befaßte sich, mit den Fragen der Teuerungszulagen,

und der bevorstehenden Tarifierneuerung. Sie spricht sich dahin aus, daß bei der kommenden Tarifbesprechung unbedingt die Forderung der Gehilfen zu erfüllen sind. Grundsätzlich sind alle Kollegen dahin einig, daß sie von der geforderten, ausreichenden wöchentlichen Lohnerhöhung sowie dem zur Tarifierneuerung bereits gestellten Anträgen nicht abgehen.

Sollten diese ihre berechtigten Forderung nicht restlos zur Durchführung gelangen, so verzichten die hiesigen Chemigraphen auf einen weiteren Fortbestand des Tarifes.

Bei der Aussprache über Verbandsangelegenheiten, wurde unter anderem die augenblickliche Haltung der Generalkommission der freien Gewerkschaften einer Kritik unterzogen. Jedoch wurde angesichts der vorgerückten Zeit eine eingehende Stellungnahme hierzu auf eine der nächsten Versammlungen vertagt.

Totenliste.

1918.

† Am 8. Mai in Berlin **Albert Korsch**, Lithograph aus Berlin, 38 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 2. Juli 1905.

† Am 8. Mai in München **Wilhelm Horn**, Steindruckers aus Probstheida bei Leipzig, 37 Jahre alt, durch Selbstmord (Erschießen). Ursache: Nervösens Leiden. — Eingetreten in Niedersiedlitz am 8. Mai 1904.

† Am 11. Mai in München **Joseph Burkhardt**, Steindruckers aus München, 54 Jahre alt, an Ischias, krank 28 Wochen — Eingetreten in München am 12. Mai 1888.

† Am 14. Mai in Sonneberg, S.-M. **Rudolf Böhlig**, Steindruckers aus Themar b. Meiningen, 49 Jahre alt, an Darm- und Leberkrebs, krank 44 Wochen. — Eingetreten in Augsburg am 28. Oktober 1894.

† Am 18. Mai in Berlin **Fritz Kopaß**, Lithograph aus Berlin, 59 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 10 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 2. Juli 1905.

† Am 20. Mai in Berlin **Richard Klau**, Lichtdrucker aus Berlin, 61 Jahre alt, an Lungentzündung, krank 1 Woche 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 21. Mai in Steffin **Richard Herzog**, Steindruckers aus Steffin, 49 Jahre alt, an Lungentzündung, krank 8 Tage. — Eingetreten in Steffin am 29. Juni 1902.

† Am 22. Mai in Berlin **Franz Huch**, Steindruckers aus Berlin, 67 Jahre alt, an Gehirnschlag, Invalide seit 12. Januar 1909. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 25. Mai in Breslau **Hermann Globig**, Steindruckers aus Breslau, 61 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 8 Wochen. — Eingetreten in Breslau am 1. Februar 1886.

† Am 26. Mai in Stuttgart **Karl Schöllkopf**, Chemigraph aus Stuttgart, 20 Jahre alt, an Lungen-Tuberkulose, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Stuttgart am 18. April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1911).

† Am 9. Juni in Berlin **Alfred Hintze**, Steindruckers-Lehrling aus Breslau, 16 Jahre alt, an Lungen- und Darm-Tuberkulose, krank 29 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 10. September 1916.

† Am 9. Juni in Berlin **Rudolf Klapper**, Formstecher aus Charlottenburg, 48 Jahre alt, an Lungenleiden und Herzmuskeleitzündung, krank 14 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 3. Januar 1909 (vorher Mitglied im Zentralverein der Formstecher seit 1. Oktober 1903).

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Stellenangebote

Tüchtige
Steindr.-Maschinenmeister
und
Umdrucker (Abzugmacher)
zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Angabe des Gehaltsanspruchs erbeten an
Graphia, Kunstanstalt und Druckereien, Wilhelm Marx & Cie., München, Nymphenburgerstr. 125.

Klischeemonteur
(möglichst Tischler) sofort gesucht.
Kunstanstalt Frisch, Berlin, Lützowstr. 66.

Lichtdrucker,

mögl. im Farbendruck geübt, finden sofort Stellung bei
Albert Frisch, Berlin. W. 35
Lützowstr. 66.

Tüchtiger
Reproduktionsphotograph,
tüchtiger
Maschinenretuscher,
Perfekter Farbenätzer
für sofort oder später gesucht.
J. G. Schelter & Giesecke, Leipzig

Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi-arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten, Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi.
Dieser auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Gummiersatz konserviert die Steine, selbst wenn sie längere Zeit in feuchten Steinkellern lagern und macht das wiederholte Atzen der Originalsteine überflüssig. Das Steingummi wird in vielen Druckereien, auch bei Staats- und Militärbehörden verwendet, überall gut beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen.

Preis pro Kilo Mk. 7,50
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben. dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfledigen Steinen. Übertrifft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.
Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & N. Leipzig 5 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.; G. & D. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.; A. F. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niedersiedlitz 5 Kg.; W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Farbdrucker für Chemigraphie, Farbätzer und Photographen

für Farben und Schwarz suchen
A. Gäbler & Co., München, Schellingstr. 41.

Verschiedenes

Roulett, Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Naunynstraße 69.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule
Barmen

Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Schnuhr's „Troverm“

den Farben zugesetzt, verhindert das zu schnelle Trocknen derselben auf den Walzen und dadurch Spill werden der Umbrücke in Folge Anwendung des zu schnell trocknenden Ersatz-Firnisses. Das Präparat ist praktisch ausprobiert, wirkt gut, läßt die Farben gleichmäßig einschlagen und verdrückt sich geschmeidig wie mit Leinöl gemischte Farben. Troverm ist zart weißle. Zeugnisse zu Diensten. Mark 12,50 nro Kilo.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49.
Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.